Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 161 (1995)

Heft: 11

Artikel: Von Abstinenz zu Kooperation : unsere zukünftige Sicherheitspolitik

Autor: Plattner, Gian-Reto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-63864

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

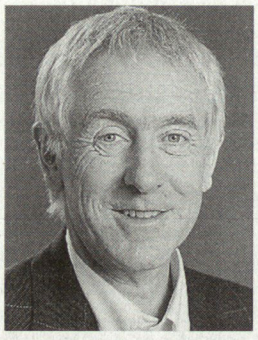
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von Abstinenz zu Kooperation –

Unsere zukünftige Sicherheitspolitik

Gian-Reto Plattner

Die Schweizer Bundesverfassung bezeichnet als Zweck unseres Staates die Behauptung der staatlichen Unabhängigkeit, die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung, den Schutz der individuellen Freiheiten und Rechte sowie die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt. Diese Worte beschreiben die Ziele einer umfassenden Sicherheitspolitik, welche den Staat und seine Bürgerinnen und Bürger gleichermassen einbezieht. Die Definition stammt aus der Mitte des letzten Jahrhunderts, als man sich Sicherheit der Bürger vor kriegerischen Bedrohungen nur unter dem Schutz des unabhängigen Nationalstaates vorstellen konnte. Dieser war gleichzeitig Ausdruck wie Garant der Freiheit und Sicherheit seiner Bürger; indem diese den Staat verteidigten, verteidigten sie sich selbst.



**Gian-Reto Plattner,
Basler Ständerat (SP),
Professor am Institut für
Physik der Universität Basel,
Klingelbergstrasse 82,
4056 Basel.**

Sicherheitspolitik – für welche Sicherheit?

Allein schon die einleitend genannte fundamentale Prämisse unserer gegenwärtigen staatlichen Sicherheitspolitik darf heute hinterfragt werden. Überall – auch bei uns – leben viele Menschen, denen die Sicherheit des Nationalstaates in unsern Zeiten der explosiven Globalisierung aller Lebensbereiche kein zentrales Anliegen mehr ist. Sie sehen Sicherheit als individuelles Gut und erwarten vom Staat die Garantie der Unverletzlichkeit ihrer persönlichen Sicherheit und Freiheit; nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ihr Anspruch ist ein anderer als jener der Bundesverfassung: er bleibt einerseits dahinter zurück, da er nicht die Sicherheit des Staates selbst verlangt, geht aber andererseits darüber hinaus, da er in der Behauptung des Staates eben nicht das höchste Ziel erkennt. In der Optik dieser Menschen hat der Staat keinen selbständigen Anspruch auf institutionelle oder territoriale Unverletzlichkeit; er ist bloss Mittel zum Zweck. Die Verteidigung der Nation als solcher ist für sie ein krasser Anachronismus.

Der Nationalstaat im «global village»

Auch wenn diese Meinung bloss eine unter andern ist, so zeigt sie doch exemplarisch, dass die fortschreitende Globalisierung von Technik, Wirtschaft, Kommunikation, Politik und der sozialen Gebräuche selbst altbewährte Konzepte aushöhlt. Die in kürzester Zeit auf Planetengrösse angewachsene Wahrnehmungs- und Handlungssphäre vieler Menschen bringt gewaltige gesellschaftliche Bewusstseins- und Verhaltensänderungen mit sich. Wenn die Welt zum «global village» wird, gerät der Nationalstaat zum Hühnerhof. Natürlich wissen wir nicht, was die Auswirkungen dieses Wandels sind. Sicher ist nur, dass die gesellschaftlichen Leitbilder von morgen sehr verschieden von jenen von gestern sein werden. Die gesellschaftliche Evolution läuft heute schneller denn je, ob uns das passt oder nicht. «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben»: dem Druck der Evolution, dem alles Lebendige immer unterworfen ist, widersteht nichts.

Auch wir Schweizerinnen und Schweizer müssen somit unsere Sicherheitspolitik wie alle andern Verhaltensweisen entsprechend den heutigen und den erwarteten zukünftigen Ansprüchen und Umständen neu definieren. Wir werden manches beibehalten können, vieles aber ändern müssen, denn unsere Sicherheitslage hat sich dramatisch und nachhaltig verändert. Eine auf autarke Abstinenz vom Weltgeschehen gegründete Sicherheit gibt es heute nur noch als Illusion. Nur die Realität aber bietet das gültige Mass, an dem sich unsere Sicherheitspolitik zu bewähren hat; die gläubige Überhöhung früher einmal erfolgreicher Konzepte zu ewig gültigen Mythen würde uns hingegen den Blick verhängnisvoll verstellen.

Ein distanzierter Blick auf die Sicherheitslage

Wenn wir uns bemühen, die Sicherheitslage der Schweiz aus der intellektuellen Distanz eines Fremden statt aus der Froschperspektive des Einheimischen zu betrachten, so fällt uns eines sofort auf: als Staat ist unser Land ein sicherheitspolitisches Binnengebiet: es liegt weitab möglicher Frontlinien im Innern eines friedlichen Bündnisses; es ist umgeben von Demokratien, «von Freunden umzingelt», die es zu ihrem Wohle nicht brauchen und ihm daher nichts neiden; es teilt mit seinen Nachbarn alle gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Grundwerte. Ziel fremden Begehrens und somit Opfer einer möglichen Bedrohung ist es allenfalls für ferne Völker, dann aber bloss in Schicksalsgemeinschaft mit Europa und da sicher nicht in vorderster Linie als Frontstaat. Wir sind heute militärisch kaum bedroht, allenfalls im Verbund mit unsern Nachbarn.

Institutioneller Ausdruck dieses die Schweiz weiträumig umgebenden Sicherheitsrayons, von dem wir nachhaltig profitieren, sind EU, WEU, NATO und andere europäische und transeuropäische Organisationen. Der durch sie verkörperte kontinentale Sicherheitsverbund macht einen Krieg zwischen unsern Nachbarn oder gar einen

gezielten Angriff gegen die Schweiz zwar nicht völlig undenkbar, aber doch äusserst unwahrscheinlich, vorstellbar höchstens als Resultat jahrzehntelanger gravierender Fehlentwicklungen. Es macht deshalb keinen Sinn, unsere bisherige, autark konzipierte Sicherheitspolitik weiter zu verfolgen, auch wenn sie sich während langer Jahre bei innereuropäischen Kriegen bewährt hat. Mit der heutigen strategischen Lage steht sie dennoch in eklatantem Widerspruch. Schon in den Jahrzehnten vor der «Wende» von 1989/90 verdankte die Schweiz ihre militärische Sicherheit im bipolaren Kraftfeld zwischen Ost und West weitestgehend der Abschreckungswirkung der NATO und kaum ihrer eigenen Stärke. Diese oft verdrängte Tatsache ist heute, nach dem Wegfall der bipolaren Ausrichtung, nur noch offensichtlicher geworden.

Die gesellschaftliche Evolution läuft heute schneller denn je, ob uns das passt oder nicht.

Zu dieser Veränderung der äusseren Sicherheitslage des Staates Schweiz kommt – wie schon erwähnt – jene der Sicherheitsansprüche der Schweizerinnen und Schweizer, der Relativierung des Nationalstaates. Die individuelle Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ist heute durch Ängste und Bedrohungen gefährdet, welche den Staat als Institution, d.h. seine Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit nicht gefährden und sich somit nicht an den nationalen Grenzen manifestieren, auf deren Verteidigung er soviel Wert legt. Auch wenn wir die soziale Sicherheit – ein wahrhaft essentielles Lebenselement von Demokratien –, grosstechnische und ökologische Bedrohungen einmal weglassen und nur direkte Gewalt betrachten, bleiben Ängste genug: Terror von Individuen oder Gruppen; Gefährdung durch gewalttätiges, organisiertes Verbrechen; Erpressung mittels weitreichender, schwer abzuwehrender Waffen; Überschwappen fremder Auseinandersetzungen auf unser Territorium und ähnliches mehr. Wenn der Staat dem Anspruch der Bevölkerung auf Sicherheit vor solchen Bedrohungen ebenso viel Aufmerksamkeit widmen will wie bisher der Verteidigung seines nationalen Territoriums – und zwar zum volkswirtschaftlich günstigsten Preis! –, dann braucht er eine neue Sicherheitspolitik. Die alte – und dazu gehört in diesem Blick auf die Zukunft auch die eben zur Gegenwart gewordene Armee 95 – bietet dies nicht.

Zwei neue Konzepte

Auf dem Weg zu einer neuen militärischen Sicherheitspolitik sind zwei grosse Schritte von Land und Leuten nötig – nicht administrative Veränderungen, sondern politische Neukonzeptionen. Ich sehe sie so:

■ Erstens müssen wir unsere instinktive territoriale «Sicherheitszone» neu definieren. Anstatt uns auf die hypothetische Verteidigung unseres nicht mehr gefährdeten nationalen Territoriums und seiner Grenzen zu konzentrieren, müssen wir unsere Aufmerksamkeit dorthin richten, wo die Bedrohungen wirklich manifest werden. Das bedeutet zwar auch eine gewisse Verlagerung nach innen, z.B. auf die Vorbeugung gegen Terror im Falle internationaler Spannungen oder auf die Bereitschaft zur Befriedung von bei uns ausgetragenen fremden Konflikten. Hauptsächlich aber bedeutet dies eine entschlossene Verlagerung nach aussen, an die tatsächlichen Grenzen unseres Sicherheitsrayons, d.h. an die Aussengrenzen der heutigen europäischen Sicherheitsstrukturen, wo immer diese liegen mögen: im Osten, im Balkan oder im Luftraum. Sehr deutlich vermindern dürfen wir dagegen die Verteidigung unserer nationalen Grenzen.

Unserer gegenwärtigen militärischen Sicherheitspolitik sind diese Anforderungen völlig fremd. Als Garantin von Sicherheit im Innern ist unsere Armee völlig ungeeignet: aus Mangel an politischem Willen, an geeigneter Ausrüstung und an adäquater Ausbildung (daran wird auch die explizite Aufnahme des Ordnungsdienstes in ihren gesetzlichen Aufgabenbereich nichts ändern können). Eine andere nationale Organisation existiert auch nicht. Als Teilhaberin am europäischen Sicherheitsverbund ist die Armee ebenfalls unbrauchbar: natürlich auch aus Mangel an politischem Willen, aber auch wegen der fehlenden Interoperabilität mit andern europäischen Streitkräften und mangels geeigneter Ausrüstung, vor allem im logistischen Bereich. Einzig gegen gezielte Invasionen nach dem Modell vergangener europäischer Kriege könnte die Armee 95 Eignung zeigen; solche Bedrohungen fehlen aber in allen Perspektiven. Aus dieser radikalen Sicht müsste man somit die heutige Armee schon aus Effizienzgründen abschaffen: ein schlanker Staat leistet sich keine unnütze, teure Streitmacht. So weit gehe ich aber nicht, aus sozialen, politischen und psychologischen Gründen sowie aus europäischer Solidarität.

■ Zweitens müssen wir begreifen, dass die Sicherheit unseres Staates und der darin lebenden Menschen im Rahmen der existierenden europäischen Kooperationsstrukturen mit Sicherheit besser gewährleistet werden kann als im gegenwärtigen Zustand unserer trittbrettfahrerischen Neutralität. Wir sollten deshalb unsere sicherheitspolitischen Autarkieansprüche aufweichen und unsere Kräfte mit jenen unserer Nachbarn koordinieren, mit Grossen wie Deutschland, Frankreich und Italien, mit Kleinen wie Holland, Belgien und Dänemark, mit allen Gleichgesinnten und Gleichartigen. Nicht nur übernähmen wir dadurch endlich einen solidarischen Anteil an der Verteidigung des gemeinsamen Sicherheitsraumes, sondern wir gewännen zusätzliche Verteidigungsmöglichkeiten gegen heute von uns nicht abzuwehrende Bedrohungen – vor allem in den Bereichen der technischen und personellen Fernaufklärung, der Sicherheitsanalyse und -prognostik und der Abwehr weitreichender oder geheim eingeführter Waffen. Zudem könnten wir unserer Volkswirtschaft beträchtliche finanzielle und personelle Einsparungen gutschreiben, wenn wir die ineffiziente Dissuasion inexistenter Bedroher durch eine mythologisierte Rundumverteidigungspose aufgäben. Die «economies of scale» gibt es eben auch bei der Verteidigung der gemeinsamen europäischen Interessen und Werte. Sie auszunützen brächte uns im Weltmassstab einen erheblichen volkswirtschaftlichen Standortvorteil.

Wir müssen unsere instinktive territoriale «Sicherheitszone» neu definieren.

Neue Armeestrukturen

Die hier postulierte Devise von solidarischer Kooperation statt neutraler Abstinenz bedeutet nun keinesfalls die Aufgabe unserer Landesverteidigung, aber sie bedingt grundlegend neue Armeestrukturen. Die Mitarbeit in europäischen militärischen Kooperationen verlangt die Schaffung von kleinen, mobilen, kampfstarken Truppenteilen, welche ausserhalb unseres Landes an

gemeinsamen Einsätzen der NATO, der WEU oder neuer Organisationen teilnehmen könnten. Sie übernähmen den Schweizer Anteil jener nach aussen gewandten sicherheitspolitischen Aufgaben, die unter vereinten Kommandos an den Rändern des gemeinsamen europäischen Sicherheitsraumes wahrzunehmen sind. Sie wären nicht multifunktional, denn ihre einzige Aufgabe bestünde in der bewaffneten Verteidigung des gemeinsamen europäischen Sicherheitsraumes. Zu ihnen gehörte der moderne Teil unserer Luftwaffe, der hier jenen Sinn fände, den er heute in der Enge unseres kaum bedrohten Territoriums nicht haben kann. Vermutlich wären diese Truppen «auf Zeit» professionalisiert.

Daneben müssten wir aber auch im eigenen Land jene Vorsorgen treffen, welche den erwähnten, im Innern manifesten Sicherheitsansprüchen der Bevölkerung genügen. Diese Aufgaben blieben – soweit sie nicht besser durch die kantonalen Polizeien zu übernehmen sind – einer flächendeckend strukturierten, relativ leicht bewaffneten und gepanzerten, durch Artillerie und Befestigungen unterstützten, im Milizsystem organisierten, territorial verankerten Infanterietruppe vorbehalten. Ihr Pflichtenheft enthielte neben der Abwehr von bewaffneten Eindringlingen auch Katastrophenhilfe sowie Sicherheits- und Bewachungsaufgaben. Diese «home forces» wären Trägerin der Multifunktionalität, welche in der Konzeption 95 der Armee als Ganzem zugeteilt ist und deren Kampfkraft unnötig belastet. Die «Armee 2005» gemäss der Studie Unterseher wäre vielleicht ein möglicher, sinnvoller Zwischenschritt auf diesem Weg.

Bilder der Zukunft

Es ist klar, dass ich mit diesem Beitrag an alle möglichen Tabus rühre und Bilder einer Zukunft entwerfe, die sehr weit entfernt scheint. Allerdings hat die Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass das pragmatische Schweizer Volk seine Interessen sehr wohl erkennt, wenn die Zeit dafür reif ist. Für die Neuorientierung der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik ist die Zeit aber reif, denn heute geht in Europa nicht nur ein Jahrzehnt, ein Jahrhundert oder ein Jahrtausend seinem kalendarischen Ende entgegen, sondern eine geschichtliche Epoche findet ihren Abschluss: die europäischen «Weltkriege» sind vorbei, der letzte endete vor bald zwei Generationen. Wir sollten weder militärpolitisch noch sonst so tun, als stünde der nächste immer noch vor der Tür. Halten wir uns lieber an die bundesrätliche Analyse im Sicherheitsbericht 90: nehmen wir sie endlich so ernst, wie sie es eigentlich verdiente!

Ich bin überzeugt, dass die hier skizzierten Visionen rascher real werden, als mancher heute denkt. Die sicherheitspolitischen Diskurse der letzten zehn Jahre – von der «Gruppe Schweiz ohne Armee»-Initiative über den Sicherheitsbericht 90 bis zur Armee 95, vom Rüstungsreferendum über die F/A-18-Diskussion bis zur Studie Unterseher – und die immer stärker aufbrechende Europadiskussion zeigen mir zudem, dass der Wille der Öffentlichkeit zur selbständigen Meinungsbildung in aussen- und sicherheitspolitischen Fragen am Wachsen ist. Ich bin zuversichtlich, dass der Souverän über kurz oder lang sein traditionelles Denken überprüfen, sein Umfeld realistisch betrachten und die nötigen Schlüsse daraus ziehen wird. Dann schlägt die Stunde von Visionen. Jede Vorausschau wird sich dann gelohnt haben, gerade wenn sie sich heute an Tabus wagt. ■